



BUND
Naturschutz
in Bayern e.V.

BUND Naturschutz in Bayern e.V. Kreisgruppe Fürstenfeldbruck Am Brunnenhof 14 82256 Fürstenfeldbruck

An

**Oberbürgermeister Haas und den Stadtrat
 der Gr. Kreisstadt Germering**

Rathausplatz 1

82110 Germering

**Kreisgruppe
 Fürstenfeldbruck**
 Am Brunnenhof 14
 82256 Fürstenfeldbruck
 Telefon: 08141/ 69 67
 Telefax: 08141/ 51 45 84

fuerstenfeldbruck@bund-
 naturschutz.de
 www.fuerstenfeldbruck.bund-
 naturschutz.de

31.1.2020

1. Vorsitzende:
Eugenie Scherb
 Dohlenstraße 1
 82223 Eichenau
 Telefon: 08141/ 72892
 E-Mail:
 eugenie.scherb@gmx.de

**Stellungnahme zum Vorhaben bezogenen BBPL "Germeringer Norden,
 Briefverteilzentrum der Deutschen Post AG"**

Ihr Schreiben vom 16.12.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

der BUND Naturschutz in Bayern e.V. - Kreisgruppe Fürstenfeldbruck (BN) bedankt sich
 für Ihr Schreiben vom

16.12.2019 und nimmt zum o. a. Bauleitverfahren wie folgt Stellung:

Flächenverbrauch im Widerspruch zur Nachhaltigkeitsstrategie

Der BN bewertet das Planungsvorhaben der Postniederlassung aufgrund seiner Dimension als nicht vereinbar mit einer nachhaltigen Germeringer Stadtentwicklung. Derartige Großprojekte haben erheblichen, dauerhaften Einfluss auf viele Faktoren, die für die Entwicklung Germerings maßgebend sind. Deshalb ist es unverständlich, warum Großvorhaben wie dieses und das Kreuzlinger Feld nicht Bestandteil eines das gesamte Stadtgebiet umfassenden Stadtentwicklungsprozesses sind. Ein begrenzter Rahmenplan kann diesen u. E. nicht ersetzen, zumal das Vorhaben in nicht wieder zu erkennender Weise vom Rahmenplan abweicht. Im Übrigen hat die Ortsgruppe Germering bereits in den 1990er Jahren in ihrem Agenda 21 - Papier einen Stadtentwicklungsplan vorgeschlagen.

Außerdem steht das Vorhaben in klarem Widerspruch zu den eindeutigen Zielen der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie (2017): *verstärkter Bodenschutz zum Erhalt der natürlichen Bodenfunktionen und zur Reduzierung der Auswirkungen des Klimawandels; langfristig deutliche Reduzierung des Flächenverbrauchs bis hin zu einer Flächenkreislaufwirtschaft ohne weiteren Flächenneuverbrauch.* Wer anders als die

Bankverbindung und
 Spendenkonto:
 Sparkasse Fürstenfeldbruck
 IBAN:
 DE9470053070000805681.
 BIC:
 BYLADEM1FFB

Kommunen mit ihrer Planungshoheit sollte die Verantwortung für das Erreichen dieser Ziele übernehmen?

Genau dieser Zielsetzung würde Rechnung getragen, wenn die Deutsche Post AG ihre Standorte in München und bei Starnberg behalten würde, um sie dort zu modernisieren. Es würde durch den Abriss dort keine graue Energie verschwendet und durch die geplanten Großprojekte an den alten und den neuen Standorten (in München ein völlig neues Quartier, bei Germering der Postneubau und bei Starnberg ein Gewerbegebiet) keine immensen neuen Ressourcen beansprucht. Nachhaltig wäre es zudem, wenn die Stadt Germering auf den Flächen des Rahmenplans auf längere Sicht kein neues Baurecht gewähren würde. Müssen bereits jetzt alle noch freien Flächen verbraucht werden? Vielmehr sollte man der kommenden Generation auch noch die Chance lassen, die Stadt nach ihren Vorstellungen zu entwickeln. Es wäre doch denkbar, dass bei sich verändernder Arbeitswelt durch Digitalisierung und KI künftig deutlich weniger Gewerbefläche benötigt würde?

Eingriff in das Ökosystem Boden

Vor dem Hintergrund, dass nahezu die Hälfte der Germeringer Fläche bereits verbraucht ist, wäre das Vorhaben der Post mit einer Gesamtfläche von ca. 6,6 ha bei 66% Versiegelung ein schwerwiegender Eingriff in das Ökosystem Boden. Auf einen Schlag würde die Versiegelung in Germering um fast 1% zunehmen und damit zu einem großen Verlust an Ökosystemleistungen führen wie: Sauerstoff produzieren, CO² binden, Niederschlag aufnehmen und verteilen, Wasser verdunsten sowie den Luftaustausch befördern. Angesichts der Auswirkungen eines fortschreitenden Klimawandels stellen diese Leistungen einen erheblichen und vor allem unverzichtbaren Beitrag zum Wasserkreislauf, zum Lokalklima und zur Luftqualität dar. Außerdem ginge natürliche Bodenfruchtbarkeit für die (regionale) Nahrungsmittelproduktion verloren.

Dass die Negativwirkungen des Vorhabens durch die geplanten Begrünungsmaßnahmen am Dach und auf dem Boden auszugleichen sind, wird im Umweltbericht zwar behauptet, aber nicht zwingend nachgewiesen. Die alleinige Bezugnahme auf die Bayerische Kompensationsverordnung überzeugt nicht. Die gesetzlichen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen bedeuten aus naturschutzfachlicher Sicht immer nur einen Kompromiss und können daher keinen vollständigen Ausgleich oder Ersatz herbeiführen. Zwar bewertet der BN eine Dachflächenbegrünung ebenfalls als ein Wirkkriterium zur Minderung negativer Auswirkungen von Versiegelung, diese ist jedoch dem gewachsenen Ökosystem Boden kaum gleichzusetzen. Eine durchwurzelbare, 20 cm starke Schichtdicke auf dem Dach, isoliert vom gewachsenen Untergrund, wird die genannten Systemleistungen dauerhaft nicht erfüllen können. Auch dürfte ein vollwertiger Ersatz als Lebensraum für die Natur auf Feld und Flur, insbesondere aber für die enorme Anzahl an Bodenlebewesen sowie für Flora und Fauna, die explizit auf die Feldflur angewiesen sind, damit nicht herzustellen sein. Ungünstige Einflussfaktoren sind u. a. die geplante FV-Anlage sowie das zunehmende Dürrierisiko. Angesichts steigender Sommertemperaturen

mit ausbleibenden Niederschlägen ist zu befürchten, dass gerade die intensive Begrünung sich dauerhaft nur schwer behaupten können. Ein natürlicher Boden verfügt über eine deutliche höhere Wasserspeicherfähigkeit als eine verhältnismäßig dünne Bodenbedeckung auf dem Dach. Außerdem bedarf ein begrüntes Dach nach einem gewissen Zeitablauf einer Sanierung, womit ein schwerwiegender Eingriff in die Begrünung erfolgen wird.

Zu Ziff. 2.3.4 d. Umweltberichts: Die behauptete positive Wechselwirkung zum Flächenverbrauch durch "neue Arbeitsplätze der Postniederlassung" beruht u. E. auf einer Fehleinschätzung. Es werden lediglich Arbeitsplätze verlagert, die aber überwiegend besetzt sein werden. Wegen der Tarifbindung, der zwischen Unternehmen und Verdi ausgehandelten Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Verlagerung und der sich verschlechternden Wirtschaftslage werden vermutlich nur wenige Mitarbeiter*innen ihren Arbeitsplatz aufgeben. Für Nachbesetzungen, aus welchen Gründen auch immer, wird die Post die Stellen unternehmensintern oder ggf. auch extern ausschreiben müssen. Ein Bewerbungskriterium "Arbeitsstätten naher Wohnort" kann es aber nicht geben, denn es wäre diskriminierend. Somit ist nicht erkennbar, wieso sich durch die Verlagerung die Arbeitsmarktsituation für Germering so schlagartig verändern sollte. Für den BN sind daher keine positiven Umwelt relevanten Auswirkungen auf Dauer erkennbar. Stattdessen gäbe es mit der Verlagerung vor allem eine Steigerung der Einpendler-Zahlen.

Eingriff in den Natur- und Landschaftsraum

Auch konventionell bewirtschaftete Äcker stellen im urbanen Raum einen kulturellen und spirituellen Wert dar. Dieser ginge durch das Vorhaben völlig verloren. Trotz der geplanten Begrünungsmaßnahmen (Funktion der geplanten Bäume wird erst nach Jahrzehnten richtig wirksam werden) passt das riesige Bauwerk weder landschafts-, noch stadtgestalterisch an den Rand des Altdorfes Germering mit seiner alten Dorfkirche (Blick v. Nordost verbaut, s. Foto) und dem dem Planungsgebiet unmittelbar gegenüber liegenden Friedhof St. Martin. Der BN stellt daher die Frage nach einem (ggf. finanziellen) Ersatz durch diesen massiven Eingriff in das Landschaftsbild. Auf eine entsprechende Maßnahme zum Planfeststellungsverfahren "Verlegung Bahnstromleitung" wird verwiesen. ✕

Die betriebsbedingte Beleuchtung in der Nacht führt zwangsläufig zu einem hohen Grad an Licht - Emissionen. Lichtverschmutzung trägt nach neueren Erkenntnissen in stärkerem Maße zum Insektensterben bei als bisher angenommen. Auf die Neuregelungen nach § 11a BayNatSchG i. Verb. mit Art 15 Bayer. Emissionsschutz - Gesetz und die hierzu erlassenen Ausführungsvorschriften des Bayer. Umweltministeriums wird verwiesen.

Verkehrs- und Klimabelastungen

Der zusätzliche Verkehr von voraussichtlich mehr als 1 500 An- und Abfahrten durch Lkw und Transporter der Post sowie der Postmitarbeiter*innen würde zu einer erheblichen Verschlechterung des Stadtklimas führen. Davon betroffen wären besonders die benachbarten Wohnquartiere. Neben der zusätzlichen Schadstoffbelastung (der Umweltbericht macht hierzu nur unzureichende Angaben) wird auch die Lärmbelastung zu verkehrsrühigeren Zeiten erheblich zunehmen, insbesondere in der Nacht für bestimmte Bereiche mit Grenzwertüberschreitung. Ob die geplanten Gegenmaßnahmen ausreichend sind, erscheint zweifelhaft. Ganz besonders werden derartige Umweltbelastungen während der nicht geringen Bauphase spürbar werden. Ausgleichsmaßnahmen hierzu sind nicht erkennbar.

70% der Abhol- und Zustellfahrten "mit sauberen Lösungen" bis 2025 bewerkstelligen zu wollen, ist zwar zu begrüßen, aber eben auch Teil einer Vision "GOGREEN MISSION 2050" der Post. Vision und Wirklichkeit sind jedoch selten deckungsgleich. Zweifel sind auch deswegen angebracht, weil aus betriebswirtschaftlichen Gründen ein gewisser Umfang dieser Fahrten an Subunternehmen vergeben ist. Warum sollte sich angesichts stärker werdenden Wettbewerbs daran in Zukunft etwas ändern? Die Bewertung der E-Mobilität ist außerdem abhängig davon, wie der Strom für die Fahrzeuge erzeugt wird.

Aber selbst eine Zunahme der E-Mobilität verändert nichts an den heute schon überlasteten Fernstraßen um Germering. Dies führt immer häufiger und eben nicht nur zu Hauptverkehrszeiten zu Ausweichverkehr über Germerings Durchgangsstraßen. Wenn diese dann ebenfalls verstopft sind, gibt es den ärgerlichen Schleichwegeverkehr. Daher werden sich Liefer- wie Pendlerverkehr des BVZ ebenso die Ausweichrouten suchen - Zeit ist Geld!

Bereits heute stellt daher der Ausweichverkehr ein großes Ärgernis dar, insbesondere auch für die Busse des ÖPNV, die zu Stoßzeiten immer schwieriger den Fahrplan einhalten können! Und dass die Verkehrssituation nach dem Ausbau der A 96 besser werden könnte, dürfte ebenso eine Illusion sein (neues Gewerbegebiet im Unterbrunner Holz, Erweiterung Gewerbegebiet Gilching), wie die, dass die Pendler der Post mehrheitlich auf die desolate S-Bahn umsteigen werden.

Der BN beurteilt das aktualisierte Verkehrsgutachten daher aus folgenden Gründen als unzureichend:

Beurteilungszeitraum von nur zwei Tagen am jeweils demselben Werktag (Montagsmorgen und Freitagnachmittag oder-abend besonders lange Staus) und die beiden erwähnten Knoten lassen keine umfassende Beurteilung der Leistungsfähigkeit auf Germerings Durchgangsstraßen zu. Dazu zählen u. a. die noch zu erwartenden Auswirkungen durch die Besiedelung von Freiham und durch das Großprojekt Kreuzlinger Feld. Angesichts der intensiven Verdichtung und der vielen Neubauvorhaben hält der BN ein Gesamtverkehrskonzept für Germering anstelle der jeweiligen Teilgutachten für dringend erforderlich.

Laut WHO und einer Studie der Münchner Rückversicherung von 2013 für die Stadt Karlsruhe muss die Nachttemperatur stets unter 25°C liegen. Ist das nicht der Fall, kann das zu einer vermehrten Sterblichkeit von Kindern und Senioren führen. Die im Klimagutachten gemachten Aussagen sind hierzu nicht eindeutig.

Alternative zum Planungsvorhaben

Der BN hat den Eindruck, dass die Standortwahl allein unter ökonomischen Aspekten getroffen wurde, ein ernsthafter Abwägungsprozess mit den Belangen des Umweltschutzes jedoch keine entscheidende Rolle spielte. Auf die Ausführungen auf S. 1 , 3. Abs. wird Bezug genommen.

Mit freundlichen Grüßen



Eugenie Scherb
Kreisvorsitzende

i.O. gekennzeichnet Jürgen Knöckelmann, Ortsvorsitzender bis Dez.2019
und Annette Kotzur, 1. Ortsvorsitzende.